

Mittwoch (Abend), 4. September 2019 / Mercredi soir, 4 septembre 2019

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion / Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

37 2019.RRGR.93 Motion 075-2019 de Meuron (Thun, Grüne)

Standesinitiative: Beitrag zum Erreichen der Klimaziele – Falsche Anreize zur Verkehrsmittelwahl ausmerzen und Flugticketabgabe einführen!

37 2019.RRGR.93 Motion 075-2019 de Meuron (Thun, Les Verts)

Initiative cantonale : contribution à la réalisation des objectifs climatiques – éliminer les mauvaises incitations au choix du mode de transport et taxer les billets d'avion

Fortsetzung / Suite

Präsident. (*Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.*) Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorbildlichen Grossrätinnen und Grossräte habe ich vor vier Minuten begrüsst. Alle anderen sind ebenfalls herzlich willkommen. Wir fahren weiter mit Reto Müller für die SP-JUSO-PSA.

Reto Müller, Langenthal (SP). Der Regierungsrat fehlt auch noch. Es ist immer sehr dankbar, nach dem Essen zu sprechen. Ich hoffe, Sie haben alle gut gespeist.

«Mehr echte Debatten» wurde von Herrn Köpfli gewünscht, und dafür wäre es hin und wieder gut, wenn jene, die nur «bestreiten» nach vorne rufen, auch eher sprechen würden, als jene, die dafür sprechen. Vielleicht schaffen wir dies auch auf freiwilliger Basis, ohne Gesetz.

Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist unbestritten, dass man die Standesinitiative einreichen muss. Ein Flug Zürich – New York und wieder zurück verursacht 4 Tonnen CO₂ pro Passagier. Fliegen ist eine massive Klimabelastung. Man kann es drehen und wenden wie man will: Fliegen belastet, und es ist ein Privileg, dass man Fliegen kann. Kaum ein anderes Volk fliegt so viel wie die Schweizerinnen und Schweizer. Das wissen wir. Wir können uns dies leisten, es ist sogar noch etwas krasser: Die heutigen Flugpreise erscheinen beim Schweizer Lohnniveau oftmals als Dumpingangebote. Wir haben seit den Neunzigerjahren ein weltweites Wachstum des Flugverkehrs um 30 Prozent. In der Schweiz allein stieg zwischen 2010 und 2015 die durchschnittliche Anzahl der Flugreisen um 43 Prozent. In der Schweiz wuchs die Strecke, die man in der Luft zurücklegt, in dieser Zeit um 57 Prozent an. Distanzmässig fliegt jeder Schweizer und jede Schweizerin einmal pro Jahr auf die Kanarischen Inseln und zurück. Wir legen mehr Kilometer im Flugzeug zurück als im Zug, obwohl wir uns immer sagen: «Die Schweiz ist ein Land der Bahnreisenden.» Im Zug wäre es jedoch 30-mal weniger CO₂-verursachend als mit dem Flugzeug.

Bei diesen klimaschädigenden Tatsachen setzt die beantragte Standesinitiative für eine Flugticketabgabe an. Wenn schon so viel geflogen wird, dann soll wenigstens der Preis stimmen. Das erreicht man am besten mit einer Umweltlenkungsabgabe. Das ist eine, unbestritten, da stehen wir aber auch dazu. Die bestehende Privilegierung der Flugindustrie ist klimapolitisch nicht mehr zu begründen. Sie sind nämlich von zwei entscheidenden Abgaben befreit: von der Mehrwertsteuer und von der Mineralölsteuer. Weshalb man das Fliegen von diesen Steuern befreit, das Benzin oder den Diesel aber nicht, das müsste man noch erklären. Es wird begründet, die Flugindustrie habe durch internationale Abkommen sonst schon überall Erleichterungen. Aber gerade deshalb haben viele Länder um uns herum auch eine Flugticketabgabe eingeführt. Am Schluss müssen wir entscheiden, ob wir die Fliegerei weiterhin vom Klimaschutz ausnehmen wollen, jetzt eben mit der Standesinitiative auch auf kantonalen Ebene.

Wir können im Kantonalen Energiegesetz (KE nG) noch lange an einem Gebäudeprogramm herum-schrauben und dieses optimieren wollen. Wir können dort noch lange beginnen, Emissionsgrenzen oder fossile Fahrzeuge herunterzudrücken. Wir können noch lange beginnen, andere Brennstoffe zu

belasten: Ohne Lenkungsabgabe in der Fliegerei bleibt jedoch alles etwas oberflächlich, sogenannte «Pflasterlipolitik». Die Fliegerei verursacht einen grossen Teil der Klimaschäden, und sie soll nicht ausgenommen werden. Deshalb steht die SP-JUSO-PSA klar hinter der Einreichung der Standesinitiative. Danke.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Die BDP-Fraktion ist mit den Ausführungen sowohl der Motionäre als auch jetzt von Grossrat Müller eigentlich in allen Teilen einverstanden. Sie wissen, die BDP unterstützt seit Anbeginn der Diskussion um das CO₂-Gesetz die Einführung einer Flugticketabgabe. Das haben auch unsere Nationalrätinnen und Nationalräte im Parlament aktiv so kommuniziert. Auch die BDP-Fraktion steht dahinter, dass auf Bundesebene eine solche Flugticketabgabe eingeführt wird.

Warum – und das versuche ich Ihnen jetzt zu erklären – hat die BDP aber grösste Mühe mit dem Vorstoss? – Gemäss dem Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG) Artikel 115 ist eine Standesinitiative dazu da, um eine Kommission auf Bundesebene dazu zu bewegen, einen Erlass auszuarbeiten. Rein aus formellen Gründen, Kolleginnen und Kollegen, passiert das schon, respektive ist das schon passiert. Mit der Überweisung der Standesinitiative machen wir also nichts anderes, als Wasser auf eine Mühle zu führen, die bereits läuft, respektive wir leiten ein neues Verfahren ein, das nur die Verwaltung und das Parlament beschäftigen. Diesen formalen Blödsinn, Kolleginnen und Kollegen, finden wir schichtweg nicht sinnvoll. Hinter dem Inhalt des Grundsatzes «Einführung einer Flugticketabgabe» können wir stehen und unterstützen dieses Ansinnen auch. Aus rein aufwandtechnischen Gründen aber, weil die Diskussion auf Bundesebene bereits läuft – Sie wissen das –, lehnt eine Mehrheit der BDP-Fraktion den Vorstoss ab.

Materiell ist Folgendes zu sagen: Wir haben in unserem Parlamentsrecht die Grundlage, dass eine Standesinitiative in Form eines ausgearbeiteten Gesetzesvorschlages gemacht werden muss. Das wurde hier auch gemacht, und man hat im Vorstoss, ebenfalls im März dieses Jahres, die Zahlen zu einer Maximalgrenze der Flugticketabgabe eingebaut. Diese liegt bei 50 Franken. Sie wissen, dass die ständerätliche Umweltkommission bereits im August einen Vorschlag zuhanden des Nationalrates, respektive des Ständerates, vorgelegt hat, der eine Maximalgrenze von 120 Franken will. Das heisst also materiell: Wenn wir dem Vorstoss auf Bundesebene hier zustimmen und vorsprechen – mit diesen Zahlen hier und diesem Text, den wir nicht mehr abändern können –, senden wir das Signal aus, dass der Kanton Bern nur eine Flugticketabgabe von maximal 50 Franken will. Da sagen wir von der BDP: Das wollen wir nicht. Wir wollen den Bund höher legiferieren lassen, sonst bringt es nämlich nichts. Wir wollen eine Flugticketabgabe, die griffig ist, die ebenfalls den Klimazielen, die wir verfolgen, entgegenkommt. Aus rein inhaltlich-materieller Sicht muss man den Vorstoss hier ablehnen, weil wir sonst das Signal aussenden, dass wir eigentlich weniger wollen. Das, Kolleginnen und Kollegen, das wollen zumindest die Befürworterinnen und Befürworter der Klimaabgabe, respektive der Flugticketabgabe, im Kanton Bern nicht. Das ist der materielle Grund, weshalb wir uns hier ebenfalls schwertun.

Wenn wir den Vorstoss ablehnen, was die Mehrheit der BDP-Fraktion tut, senden wir nicht das Signal aus, dass wir keine Flugticketabgabe wollen. Wir senden dieses Signal nicht aus. Wenn wir ihn annehmen, senden wir nur das Signal aus, dass wir eine Flugticketabgabe auf 50 Franken plafonieren wollen, und, Kolleginnen und Kollegen, das kann es nicht sein. An und für sich hätte man diesen Vorstoss zurückziehen sollen, nachdem die ständerätliche Umweltkommission ihren Entscheid getroffen hat. Wie genau wir hier mit diesem Vorstoss umgehen, ist auch mir schleierhaft. Schlussendlich können Sie machen was Sie wollen, es ist eh nicht alles korrekt. Im besten Fall – diese Idee ist mir heute eingefallen – kann man den Vorstoss annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Präsident. Ist das ein Antrag? – Ja.

Als Nächstes kommen wir zur Sprecherin der EVP, Christine Schnegg.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Das ist wahr, in einem gewissen Sinn gebe ich Samuel Leuenberger natürlich recht, das stimmt schon. Ich muss aber sagen: Die EVP-Fraktion freut sich, dass der Regierungsrat hinter dieser Motion, hinter dieser Standesinitiative steht. Wir können heute hier wirklich nicht materiell über den Text diskutieren, sonst könnte man diesen allenfalls noch abändern. Aber ich bin sicher, dass das Zeichen, das nun von uns her ins Bundeshaus geht, dort richtig verstanden wird, an den richtigen Ort geht und keine grosse administrative und formelle Sache auslösen wird, und dass dies auch diskutiert werden kann und allenfalls der Ständerat und der Nationalrat, respektive jetzt noch der Nationalrat, ganz klar an diesen Zahlen herumschrauben können.

Davon sind wir überzeugt.

Andrea de Meuron und Reto Müller haben vor allem ganz klar gesagt, weshalb es wichtig ist, dass wir diese Standesinitiative einreichen. Wie gesagt, die EVP findet dies ein ganz wichtiges Signal und unterstützt deshalb diese Motion. Was wir allenfalls zu einer Abschreibung sagen würden, darüber konnten wir nicht diskutieren. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesen Vorstoss so einreichen.

Alfred Bärtschi, Lützelflüh (SVP). Geschätzter Herr Ratspräsident, geschätzter Regierungsrat, geschätzte Nationalräte und Nationalrätinnen – oh nein, Sie sind ja Grossräte! Entschuldigung. Das heisst, wir sind wieder einmal auf der völlig falschen Stufe. Wir haben einmal mehr eine Standesinitiative, die auf nationaler Ebene nicht nichts bringt, sie bringt gar nichts. Im Ständerat, das hat Samuel Leuenberger vorhin bereits ausgedeutet, hat die ständerätliche Kommission Vorschläge unterbreitet. In diesem Zusammenhang werden vom Parlament – sei es vom Nationalrat zu gegebener Zeit und jetzt vom Ständerat – auch noch x andere Anträge gestellt. Wenn wir jetzt einen solchen Antrag überweisen, wie ihn uns Frau de Meuron mit Mitmotionären unterbreitet hat, wird dies auf nationaler Ebene nicht mehr als ein müdes Lächeln auslösen. Ich war schon bei einigen Standesinitiativen dabei, und die Wirkung auf nationaler Ebene ist gleich null oder noch weniger. Wir versuchen schon sehr häufig, in die nationale Politik einzugreifen. An jene, die dies tun wollen: Gehen Sie in den Nationalrat, dort sind Sie am richtigen Ort. Hier bringt es aber wirklich nichts. Wir debattieren sehr viel über Geschäfte und zu wenig über das, was wir eigentlich machen müssten. Wenn die Motion angenommen wird, unterstützen wir selbstverständlich, wie von Samuel Leuenberger vorgeschlagen, die gleichzeitige Abschreibung. Wir lehnen die Motion aber mit ziemlich grosser Mehrheit ab. Es kann sein, dass es einige Enthaltungen geben wird.

Peter Flück, Interlaken (FDP). Auch die FDP unterstützt grundsätzlich eine Lenkungsabgabe. Das geht aus dem Papier, das wir in der FDP verabschieden wollen, deutlich hervor. Das ist etwas, das sich seit der letzten Beratung im nationalen Parlament zum CO₂-Gesetz geändert hat, Andrea de Meuron. Die FDP hat dort einen massiven Schritt gemacht.

In der Zwischenzeit – wir haben es bereits gehört – hat der Ständerat auch etwas verabschiedet, das weiter geht als die Forderung, die hier auf dem Tisch liegt. Der Regierungsrat zeigt klar auf, dass er das Anliegen im Grundsatz auch unterstützt und dieses im Rahmen der Vernehmlassung zum CO₂-Gesetz auch entsprechend so eingereicht hat. Aus unserer Sicht ist deshalb das Anliegen der Motion erfüllt, und ich halte es genau wie Samuel Leuenberger: Wir sollten hier nicht ein falsches Signal aussenden und als Kanton Bern einen niedrigeren Tarif verlangen als ihn der Ständerat vorgesehen hat. Das wäre ein komplett falsches Signal. Deshalb beantragt auch die FDP, die Motion anzunehmen und sie gleichzeitig abzuschreiben.

Präsident. Herr Knutti, Sie sind noch nicht an der Reihe. Für die Grünen – wir sind immer noch bei den Fraktionssprechenden – Bruno Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Formaler Blödsinn wurde gesagt, wir sollten nicht hier Dinge debattieren, die im Bundesparlament debattiert werden. Vielleicht muss man einfach in Erinnerung rufen: Zum Zeitpunkt, als die Standesinitiative eingereicht wurde, von Leuten aus fünf verschiedenen Fraktionen hier, war der Gesetzgebungsprozess im Bundeshaus in Bezug auf die Flugticketabgabe tot. Der Nationalrat hatte einen Minderheitsantrag abgelehnt, der Bundesrat plädierte damals noch gegen eine Flugticketabgabe, und es war nicht absehbar, dass dieses Thema wieder aufs Tapet kommt. Folglich ist es legitim, dass die Kantone gegenüber dem Bundesparlament Zeichen setzen und sagen: «Nehmen Sie dieses Thema wieder auf.» Das haben auch andere Kantone gemacht, von St. Gallen weiss ich es zufällig.

Samuel Leuenberger möchte ich entgegnen: Natürlich ist eine Standesinitiative dazu da, um ein Gesetzgebungsverfahren auszulösen. Es gibt aber meines Wissens keine zwingende Bestimmung im Bundesrecht, die es verbietet, eine Standesinitiative einzureichen, wenn ein solcher Gesetzgebungsprozess bereits läuft. Ob das noch sinnvoll ist, ist eine andere Frage. In dieser Frage muss dann aber jene Kommission im Bundeshaus entscheiden, die sich mit der Standesinitiative in einem ersten Schritt, in einer Vorprüfung, befassen muss. Interessant ist, was bei dieser Vorprüfung geschieht: Die zuständige Kommission muss bei einer Vorprüfung die Vertretung des betreffenden Kantons anhören. Das wird dem Vertreter oder der Vertreterin des Kantons Bern zweifellos Gelegenheit geben, zu erklären, weshalb wir hier mit einem vielleicht veraltet ausformulierten Entwurf kommen – weil wir uns dies im kantonalen Parlamentsrecht selber eingebrockt haben. Aber vor

allem kann die Vertretung des Kantons bei der Vorprüfung der Standesinitiative auch erklären, dass es nur als Minimalvorschlag gemeint ist, weil die Grünen, die SP und auch die BDP für eine höhere Abgabe sind, als sie jetzt im Wortlaut vorgesehen ist. Mit anderen Worten: Man kann dem Parlament sicher, wenn wir dieses Signal aussenden, bei dieser Gelegenheit ganz gut erklären, dass es uns hier im Rat nicht darum gegangen ist, die Kommission des Ständerats zurückzupfeifen oder sogar das Rad der klimapolitischen Entwicklung zurückzudrehen. Es ist darum gegangen und es geht darum, Unterstützung für den überraschend – das möchte ich hier sagen – eingeschlagenen Weg im Bundesparlament zu signalisieren, Unterstützung auch für den eingetretenen Sinneswandel.

Zu all jenen, die von Abschreibung oder von Zurückziehen des Vorstosses gesprochen haben, möchte ich sagen: Auf Bundesebene ist überhaupt noch nichts beschlossen, und es ist schon gar nicht eine Abgabe beschlossen, die höher ist als das, was im Text der Motion steht. Bis jetzt hat sich erst die Umweltkommission des Ständerats für eine höhere Abgabe ausgesprochen. Ob das Ratsplenum folgen wird, ist ungewiss. Ich hoffe es natürlich, aber es ist ungewiss. Noch unsicherer ist, was der Nationalrat nach den Wahlen beschliessen wird. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es nach den Wahlen keine Mehrheit mehr gibt für eine höhere Abgabe als sie hier in der Motion steht. Man kann dies auch deshalb nicht ausschliessen, weil sogar in der FDP, die jetzt den Kurswandel gemacht hat, immer noch sehr aktive Nationalräte unterwegs sind, die grundsätzlich gegen die Flugticketabgabe auftreten, zum Beispiel ein bernischer Nationalrat. Er wird sich auch darauf berufen können, dass der Entscheid der Delegierten der FDP gar nicht so deutlich zugunsten einer Flugticketabgabe ausgefallen ist. Im Übrigen steht im Papier der FDP nichts über die Höhe. Es ist durchaus noch offen, ob man die Abgabe dann im Nationalrat wieder herunterschrauben wird. Kommt noch hinzu, dass die Swiss und andere Fluggesellschaften wie wahnsinnig gegen diese Abgabe lobbyieren.

Es geht jetzt darum, mit einem Ja zu dieser Standesinitiative ein grundsätzliches Bekenntnis zu diesem Instrument abzugeben. Wir können diese im Sinn einer Minimalforderung deponieren und damit jenen Kräften im Bundeshaus den Rücken stärken, die sich dafür einsetzen, dass es zu einer höheren Abgabe kommen wird oder mindestens zu einer Abgabe in der Höhe, wie wir sie in der Motion vorgesehen haben. Abschreiben ist eigentlich absurd. Wir schreiben Vorstösse an den Regierungsrat ab, wenn der Regierungsrat in seiner Antwort gesagt hat: «Wir machen schon, was Sie gefordert haben.» Was hier gefordert ist, im Bundeshaus die Standesinitiative zu deponieren, hat noch niemand gemacht. Der Regierungsrat ist bereit, die Standesinitiative zu unterstützen. Darüber sind wir froh, und wir hoffen, Sie alle hier – oder fast alle – machen auch mit.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Die Flugpreise sind sicher zu tief, aber diese Diskussion läuft bereits auf eidgenössischer Ebene. Deshalb ist diese Standesinitiative unnötig. In der vorliegenden Motion sind die Gebühren tiefer als beim Vorschlag im Ständerat. Der Flughafen Basel ist von dieser Abgabe aber nicht betroffen, weil er nicht auf Schweizer Boden ist. Die Tiefpreisgarantie und die Billigfliegerei, die für Basel im Internet aufgeführt ist, wird auch bei Annahme dieser Motion weiterbestehen. Da braucht es eine europäische Lösung.

Die EDU-Fraktion wird sich der Stimme enthalten. Wenn die Motion angenommen wird, helfen wir auch, sie abzuschreiben.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Selbstverständlich unterstützen wir die Standesinitiative. Es ist so, dass Mobilität zu günstig ist. Mobilität ist nicht nur zu günstig, was den Motorisierten Individualverkehr (MIV) betrifft, sondern insbesondere auch was den Flugverkehr betrifft. Mit einer Flugticketabgabe würde man einen allerersten Schritt in die richtige Richtung machen. Wir sind klar darauf bedacht, dass wir hier das richtige Signal aussenden und uns nicht quasi in solch technische Diskussionen verstricken, ob das irgendwie im Widerspruch steht zu einem allfälligen strengeren Vorschlag des Ständerats et cetera.

Von daher: Seien Sie so gut – wir haben auch eine Erklärung abgegeben, und das ist jetzt einfach ein konkreter Schritt – und nehmen Sie die Standesinitiative an. Wir haben genügend Votanten gehört, auch solche, die sie wahrscheinlich ablehnen werden, die gesagt haben: Ja, es kann durchaus auch weitergehen. Nehmen Sie sie an und schreiben Sie sie nicht ab. Denn es ist das richtige Signal und entspricht dem, was wir hier im Rat mit unserer Klimaerklärung so befunden haben.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern; als erster Thomas Knutti von der SVP.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich staunte etwas, als man am Montag bei unserer Standesinitiative hier vorne überall sagte: «Standesinitiativen gehören nicht hierhin.» Bruno Vanoni, ich bin der Ansicht, dies sei ein Mittel und man solle es hier auch brauchen. Dieses Recht haben wir. Ich habe Mühe, wenn man bei solchen Standesinitiativen kommt und als Argument nur anbringt, sie gehörten nicht hierhin. Die Motionäre wollen heute eigentlich alles immer ein wenig sozial verträglich gestalten und verlangen nun eine Flugticketabgabe, die man hier begrüsst. Ich muss Ihnen einfach sagen: Mit einer Flugticketabgabe schaffen wir zum Teil eine Zweiklassengesellschaft, und dagegen wehre ich mich ganz klar.

Kollege Müller hat hier verschiedene Zahlen vorgebracht, und auch ich möchte meine Zahlen loswerden, die ich mir zu diesem Thema herausgesucht habe. Sie müssen einfach wissen: Jeder dritte Tourist kommt heute mit dem Flugzeug in die Schweiz. Das ist einfach ein Fakt. Seit den Neunzigerjahren werden Investitionen für energieeffiziente Flugzeuge getätigt, und damit konnte man den CO₂-Ausstoss pro Flug, geschätzte Anwesende, – pro Flug! – um 43 Prozent senken. Es wird heute so viel gemacht. Ab 2021 werden drei Viertel aller Fluggesellschaften weltweit freiwillig – dafür braucht es keine staatliche Abgabe – eine Abgabe zur Förderung von Klimaprojekten leisten. Das ist auch etwas. Deshalb brauchen wir keine nationale Abgabe. Das schadet unserer weltweiten Luftfahrt nur. Die Wettbewerbsfähigkeit wird völlig ausgeblendet, auf diese sind wir jedoch ganz klar angewiesen. Die Passagiere können auch auf einen anderen Flughafen ausweichen, das ist heute kein Problem.

Die Motionärin moniert in der Antwort, dass es mit der Bahn teurer sei als mit dem Flugzeug. Von einer Reisegesellschaft liess ich mir einmal Folgendes berechnen: Wenn ich morgen von Zürich nach Rom fliege, kostet mich das 531 Franken pro Person. Wenn ich den Zug nehme, in Spiez einsteige, wobei ich natürlich 2. Klasse fahren würde, kostet mich das 381 Franken. Man kann also nicht explizit sagen, das Fliegen sei günstiger. Deshalb: Ich appelliere an die Eigenverantwortung. Ich appelliere, jetzt nicht zu überreagieren, wie es zum Beispiel auch die Medien machen, die schreiben und schreiben: «Das Klima, das Klima, das Klima ...» Machen Sie Ferien im Berner Oberland! Ich bin gegen weitere staatliche Abgaben und Gebühren (*Der Präsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) und lehnen Sie diese Motion ab. Danke.

Erich Hess, Bern (SVP). Man merkt, dass Wahlen vor der Tür stehen, und die Greta-Jünger geben wieder einen Möchtegern-CO₂-Vorstoss ein, obwohl wir haargenau wissen, dass vom weltweiten CO₂-Ausstoss maximal 3–4 Prozent durch den Menschen verursacht werden. Von diesen 3–4 Prozent – wenn wir diese wieder als 100 Prozent des gesamten menschlich verursachten CO₂ anschauen – sind es etwa 4 Prozent, die durch den weltweiten Flugverkehr verursacht werden. Das was wir hier diskutieren, ist ungefähr dasselbe, wie wenn Sie ein Nädelchen ins Mittelmeer werfen würden. Man würde von sämtlichen Massnahmen, die Sie hier machen, überhaupt nichts merken. Es ist nur eine Riesen-Geldumverteilungsmassnahme, wobei diese Massnahme auf keinen Fall etwas bringen wird.

Was wird passieren, wenn eine solche Flugticketabgabe in der Schweiz eingeführt wird? – Die Billigflüge, vor allem die günstigen, werden alle nach Basel verlagert. Der Flughafen Basel hat das französische Gesetz und nicht die Gesetzesanwendungen der Schweiz. So wird weiterhin genau gleich günstig weitergefliegen, und das ist gut. Aus Römerzeiten wissen Sie schon: Je besser die Verkehrswege funktionierten, desto günstiger waren die Wegzölle und desto mehr florierte die Wirtschaft. Das müsste man eigentlich auch einmal den bürgerlichen Parteien aufzeigen, die das auch nicht mehr ganz verstehen. Man kann dem Bürger nicht immer alles wegnehmen, man muss den Bürger leben lassen. Ich bitte Sie – weil es ein völliger Schwachsinn ist, ein reiner Wahlvorstoss und überhaupt gar nichts bringt –, diesen Vorstoss ganz klar abzulehnen und nicht eine falsche Botschaft ans Bundeshaus hinauf zu schicken. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Erich Hess, das haben Sie in der letzten Session schon einmal erzählt, und ich habe Ihnen schon damals gesagt: Das ist einfach schlicht falsch! Es geht einfach um Folgendes, und ich versuche, es auf eine andere Art zu erklären: Wenn Sie eine Wasserleitung haben und es dort immer nur ein wenig hinauströpfelt: Am Ende der Leitung kommt zwar schon immer gleich viel Wasser hinaus, aber irgendeinmal haben Sie ein Problem, weil das Loch zu gross wird. Mit dem CO₂ verhält es sich haargenau gleich. Es ist einfach so: Die 3 Prozent durch den Menschen verursachtes CO₂ kumulieren sich – diese kumulieren sich! –, und das ist das Problem: Diese bauen wir nicht mehr ab. Deshalb: Stimmen Sie dieser Motion zu.

Präsident. Wir sind am Ende der Liste angelangt. Herr Neuhaus möchte nichts mehr sagen. Er sagt, es sei alles gesagt. (*Heiterkeit / Hilarité*) Möchte die Motionärin nochmals sprechen? – Ich gebe der Motionärin nochmals das Wort.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne). Vielleicht nur ganz kurz: Ich habe gehört, es sei unnötig, weil alles gut komme, was in der Standesinitiative steht. Hier möchte ich entgegnen: Es ist noch gar nichts beschlossen. Da verweise ich auch auf das Votum meines Kollegen Bruno Vanoni, der klar erklärte, wie der Prozess weiterläuft. Es ist noch nichts beschlossen. Wir wissen also noch nicht, was im Gesetz stehen wird, ob weniger oder mehr oder ob überhaupt. Daher zählt dieses Argument für mich nicht.

Weiter ist auch noch das mit dem Instrument: Für mich ist die Standesinitiative eines der Instrumente, die wir kennen und nutzen dürfen. Sonst müssten wir uns überlegen, ob man dieses nicht zulässt. Solange wir dieses Instrument jedoch haben, finde ich es legitim, dass wir es auch nutzen dürfen. Vielleicht müsste man sich eher überlegen: Weshalb haben andere Kantone bewusst nicht vorgegeben, dass man eine so strenge, klare Formulierung bereits bringen muss? – Weil dies zu genau solchen Problemen führen könnte, über welche wir heute hier diskutiert haben.

Daher denke ich, ist es wirklich wichtig: Überlegen Sie sich bei der Abstimmung, welches Zeichen Sie setzen wollen, welches Zeichen an die Kollegen im nationalen Parlament Ihnen wichtig ist. Sind Sie für eine Flugticketabgabe oder nicht? – Entsprechend können Sie stimmen. Ich hoffe fest, Sie stimmen Ja.

Präsident. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ich muss dazu noch etwas sagen: Samuel Leuenberger hat uns als Rechtsgelehrter ein ziemliches Ei gelegt. Wir versuchten mit Blitzgutachten in alle Ecken und Enden auf die Schnelle herauszufinden: Kann man eine Standesinitiative überhaupt abschreiben? – Wie immer, wenn man Juristen fragt, haben diese nie eine einhellige Meinung. Das ist relativ schwierig. Ich nehme das nun auf meine Kappe, Sie müssen dann mich verklagen. Ich habe entschieden: Ich betrachte dies als eine Motion – wir haben nur dieses Instrument –, es ist eine Motion mit dem Inhalt Standesinitiative, und es ist eine Willensäußerung dieses Parlaments, wenn man die Motion entweder annimmt oder nicht. Dasselbe Parlament kann die Willensäußerung auch dahingehend machen, dass man diese Motion abschreibt oder nicht, selbst wenn die Forderung der Standesinitiative noch nicht erfüllt ist. Das würde bedeuten, wir sparen eine 1-Franken-Briefmarke, indem man die Standesinitiative gar nicht abschickt. Das wird die Auswirkung sein, wenn man sie abschreiben würde. Ich entscheide damit, dass ich die Abschreibung zulasse. Wer das Gefühl hat, das sei völlig falsch, muss gegen mich entsprechend Klage einreichen.

Wir kommen zur Abschreibung, aber jetzt zuerst über die Motion selbst. Wer die Motion annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.93)

Vote (Affaire 2019.RRGR.93)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 86

Nein / Non 50

Enthalten / Abstentions 14

Präsident. Sie haben die Motion angenommen, mit 86 Ja- gegen 50 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen.

Wir kommen zur Abschreibung. Wer die Motion abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.93; Abschreibung)
Vote (Affaire 2019.RRGR.93 ; classement)

Bei einem Resultat von 73 Ja- gegen 73 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen fällt der Präsident den Stichentscheid. / Le vote donne un résultat de 73 voix contre 73 et 2 abstentions, départagé par le président.

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 73

Nein / Non 74

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Ich lehne die Abschreibung ab. (*Heiterkeit / Hilarité*) Die Abschreibung ist abgelehnt, mit 74 Ja- gegen 73 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.